

Fragen

für die Fragestunde der 31. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. April 2006

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Addicks, Karl (FDP)	34, 35	Dr. Keskin, Hakkı (DIE LINKE.)	9, 33
Beck, Volker (Köln)	27, 28	Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Kurth, Markus	26, 30
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	2, 21	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bettin, Grietje (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	12	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	18, 23
Dagdelen, Sevim (DIE LINKE.)	31, 32	Mücke, Jan (FDP)	45, 46
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	14, 15	Rohde, Jörg (FDP)	13, 22
Fell, Hans Josef	7, 8	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	24, 25
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Schuster, Marina (FDP)	36, 37
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 10	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	6
Hettlich, Peter	43, 44	Dr. Terpe, Harald	19, 20
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	11, 38	Trittin, Jürgen	1, 29
Höhn, Bärbel	39, 40	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	16, 17
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	3, 4		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	12

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramts

1. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Trifft der Bericht im „DER SPIEGEL“ Ausgabe 13/2006 zu, dass die US-Behörden im November 2002 gegenüber dem Bundesnachrichtendienst (BND) die Rückführung von Murat Kurnaz in Aussicht gestellt haben, nachdem CIA und BND zu der Erkenntnis gekommen seien, Kurnaz sei lediglich „zur falschen Zeit am falschen Ort“ gewesen, er habe „jedoch nichts mit Terrorismus, geschweige denn mit al-Qaida“ zu tun gehabt, und wenn ja, aus welchen Gründen hat der damalige Chef des BND, Dr. August Hanning, gegen diese Rückführung massiv interveniert?*)

2. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
Ist der Bundesregierung bekannt, dass in der Präsenzbibliothek des Bundesarchivs Berlin, Finckensteinallee, neben einer regionalen und einer überregionalen Tageszeitung ausschließlich die links ausgerichteten Zeitungen „Neues Deutschland“, „junge Welt“ und „Antifa“ und weitere marxistische Blätter ausliegen, und gedenkt die Bundesregierung, etwas dafür zu tun, dass ideologisch einseitig links oder rechts ausgerichtete Printmedien im Präsenzbestand der Bibliothek einer Bundesbehörde in Zukunft nicht mehr ausliegen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts im Beschluss des Zweiten Senats vom 18. Januar 2006 (2 BvR 2194/99), dass sich aus dem im Artikel 14 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes zum Ausdruck kommenden Maßstab keine allgemein verbindliche Belastungsobergrenze in der Nähe einer hälftigen Teilung (Halbteilungsgrundsatz) zwischen Eigentümer und Staat herleiten lässt, und welche Rückschlüsse zieht sie in diesem Zusammenhang für die Verfassungsmäßigkeit der Vermögensteuer?

4. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
Nimmt die Bundesregierung die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, in der gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit und der Auferlegung von Steuerlasten ausschließlich durch die allgemeinen Prinzi-

*) Siehe hierzu auch Frage 29.

prien der Verhältnismäßigkeit begrenzt zu sein, zum Anlass, die Möglichkeit der Erhebung einer Vermögensteuer erneut zu prüfen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

5. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung in diesem Jahr, um die Partizipation von Jugendlichen zu verbessern, und welche Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte von Jugendlichen sind der Bundesregierung dabei besonders wichtig?

6. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.) Wie hat die Bundesregierung gesichert, dass alle im Rahmen des vom Bund mit 88 Mio. Euro unterstützten Modellprogramms „Mehrgenerationenhäuser“ durchgängig barrierefrei errichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

7. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Rechnet die Bundesregierung mit einem Anstieg der Kosten für die Beseitigung der Altlasten aus britischen Atomkraftwerken analog den 14 Mrd. Pfund, die in Großbritannien mehr an Kosten anfallen als ursprünglich vorgesehen (vgl. dpa vom 30. März 2006)?

8. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Schlussfolgerungen für das Atomrecht zieht die Bundesregierung aus dem Verschwinden von sicherheitsrelevanten Schlüsseln in dem Atomkraftwerk Philippsburg (vgl. STUTTGARTER ZEITUNG vom 30. März 2006)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

9. Abgeordneter
**Dr. Hakkı
Keskın**
(DIE LINKE.)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund zu verbessern?
10. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die steigende Zahl der Hochschulabsolventen, die nach ihrem Studium lange und zum Teil unbezahlte Praktika ableisten, durch die ihr Berufseinstieg verzögert wird und sozialversicherungspflichtige Stellen verdrängt oder gar nicht erst geschaffen werden, und was beabsichtigt die Bundesregierung, gegen diese Entwicklung zu unternehmen?
11. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Was waren die wesentlichen Inhalte der Konferenz der europäischen Bildungsminister in Wien im März 2006, und wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Gespräche?
12. Abgeordnete
**Grietje
Bettin**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, die Möglichkeit der Nutzung digitaler Medien und Inhalte im Unterricht an öffentlichen Bildungseinrichtungen angesichts absehbar hoher Kosten durch die Urheberrechtsnovelle, und warum hat sie sich nicht für eine wissenschafts- und unterrichtsfreundlichere Umsetzung der EU-Richtlinie stark gemacht, wie in anderen Ländern geschehen?
13. Abgeordneter
**Jörg
Rohde**
(FDP)
- Inwieweit nimmt die Bundesregierung Einfluss auf die Zielsetzung und Umsetzung des Projekts „ASK-IT“ der Europäischen Kommission (www.ask-it.org), damit die Belange behinderter Menschen entsprechend der deutschen Gesetze und der deutschen Regelungswerke berücksichtigt werden und verhindert wird, dass aus Mitteln der Europäischen Union aufwendige Technologien und Daten ohne Bezug zu den Nutzern in allen Staaten der EU aufgebaut werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

14. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(DIE LINKE.)
- Auf welcher Datenbasis begründet die Bundesregierung die – in einem Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Rudolf Anzinger, kürzlich übermittelte – Aufforderung an die Bundesländer, dafür zu sorgen, dass die Kommunen außenstehende Rückzahlungen an den Bund von bundesweit insgesamt 226 Mio. Euro im Zusammenhang mit dem Vollzug des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II) leisten?
15. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung ihr Festhalten am Gesetzentwurf über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte, mit dem Rentenkürzungen verhindert werden sollen, wenn sich aus aktuellen Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Handelsblatt vom 31. März 2006) selbst ergibt, dass es nach der geltenden Rentenformel im Jahr 2006 zu gar keiner Kürzung der Rentenzahlungen kommt?
16. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Problem, dass junge Erwachsene, die aus dem ALG II heraus eine berufliche Ausbildung an einer privaten Berufs- oder Berufsfachschule beginnen und deren Antrag auf BAföG abgelehnt wurde, finanziell schlechter gestellt werden gegenüber ihrer Zeit als Empfänger von Leistungen nach SGB II (vgl. Freie Presse vom 11. März 2006)?
17. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Besteht nach Ansicht der Bundesregierung eine Gesetzeslücke, wenn für Auszubildende gleichzeitig die Anträge auf BAföG, auf Wohngeld, auf Berufsausbildungsbeihilfe und auf unterstützende Zahlungen von ALG II abgelehnt werden (vgl. Freie Presse vom 11. März 2006), und welche unmittelbaren Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um zu verhindern, dass junge Erwachsene in Ausbildung finanziell schlechter gestellt sind gegenüber der Zeit als ALG-II-Empfänger?
18. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu der umstrittenen Rechtspraxis, dass trotz der pauschalisierten Zahlung von ALG II im Falle einer stationären Unterbringung etwa in einem Krankenhaus, die Regelleis-

tung wegen der dort erfolgenden Verpflegung um 35 Prozent gekürzt wird, und beabsichtigt die Regierung, eine verbindliche gesetzliche Regelung für diese Fälle herbeizuführen?

19. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Passivrauchen das Sterberisiko erhöht bzw. zum Tode führen kann, und wenn ja, hält sie es für verantwortlich, einen wirksamen Schutz vor Passivrauch, beispielsweise in öffentlichen Gebäuden, Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr, Schulen und Gaststätten aufzuschieben?
20. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung die Umsetzung bzw. den Vollzug der den Passivraucherschutz betreffenden Änderung der Arbeitsstättenverordnung vom Oktober 2003 fördern und erfolgte bisher eine Evaluation?
21. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welchen genauen Zeitpunkt versteht die Bundesregierung unter „zeitnah“, wenn sie auf die Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Sozialen Entschädigungsrechts und des Gesetzes über einen Ausgleich von Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet vom 23. Februar 2006 (Bundestagsdrucksache 16/754) wie folgt in ihrer Gegenäußerung Stellung bezieht: „die Bundesregierung versichert, (...) möglichst zeitnah ein tragfähiges Konzept zur weiteren Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur zu erarbeiten“, und wie ist die inhaltliche Ausrichtung eines solchen Konzepts vorgesehen?
22. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass im Rahmen des Schätzmeldeverfahrens der Krankenkassen seit 1. Januar 2006 Menschen mit Behinderungen, die Arbeitgeber von Pflegekräften im Privathaushalt sind, genauso wie gemeinnützige Vereine, die diese behinderten Arbeitgeber bei der Lohnabrechnung unterstützen, durch die doppelte Bürokratie infolge der später zusätzlich erforderlichen Restschuldmeldung vor einen Mehraufwand gestellt werden, der so groß ist, dass er in vielen Fällen nicht mehr allein oder ohne zusätzliche Kosten bewältigt werden kann, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, private Arbeitgeber, die infolge einer Behinderung den erhöhten organisatorischen Aufwand

der Schätz- und Restschuldmeldung nicht bewältigen können, von der Pflicht zur Schätz- und Online-meldung zu befreien?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

23. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Praktikanten sind im Jahr 2005 in deutschen Auslandsvertretungen beschäftigt gewesen, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass auf Grund der nur unentgeltlich angebotenen Praktika, z. B. in deutschen Vertretungen im Ausland, überwiegend angehende Akademiker mit finanziell gut ausgestattetem Elternhaus, denen gegenüber bevorteilt sind, die einen sozial schwachen Familienhintergrund haben, da keinerlei Aufwandsentschädigung wie etwa Flug-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten erstattet werden?
24. Abgeordneter
**Paul
Schäfer**
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung seit der Veröffentlichung von Informationen in der New York Times am 26. Februar 2006 über Guantanamo-ähnliche Zustände auf dem US-Stützpunkt in Bagram/Afghanistan unternommen, um sich eigenständig über die dortigen Haftbedingungen zu informieren?
25. Abgeordneter
**Paul
Schäfer**
(Köln)
(DIE LINKE.)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die US-Regierung zur Beendigung dieser Zustände zu bewegen?
26. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- War die Bundesregierung an der Ausstellung von Visa für die Delegation aus Guinea beteiligt?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 30.

27. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation in Afghanistan haben die Verankerung sowohl von internationalen Menschenrechtsabkommen als auch der Scharia in der afghanischen Verfassung, und welche Konsequenzen haben diese Auswirkungen auf die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik?
28. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht die Rechtspraxis in Afghanistan (Bereiche Frauenrechte, Religionsfreiheit und Homosexualität) aus, und welche Konsequenzen hat dies für die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

29. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Grundlage hat das Bundesamt für Verfassungsschutz mit dem CIA über die Rückführung von Murat Kurnaz sowie das Einreiseverbot nach Deutschland gesprochen, und welche Haltung hat die Bundesregierung gegenüber dem Angebot zur Rückführung eingenommen?*)
30. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die zentrale Ausländerbehörde Dortmund abgelehnte Asylbewerber einer inoffiziellen Delegation aus Guinea vorführt, um auf Grund einer Inaugenscheinnahme die Identität der abgelehnten Asylbewerber zu klären und so genannte Passersatzpapiere zum Zweck der Abschiebung auszustellen (vgl. WELT KOMPAKT vom 29. März 2006)?**)
31. Abgeordnete
Sevim Dagdelen
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und welche einzelnen Bundesländer planen, Anschreibe- und Informationsaktionen durchzuführen, um Eingebürgerte auf der Grundlage des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 23. März 2006 (Az: 2 BvR 434/06) aufzufordern, die zuständigen Behörden über die eventuelle Wiedererlangung der früheren Staatsbürgerschaft zu informieren?

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

**) Siehe hierzu auch Frage 26.

32. Abgeordnete
**Sevim
Dagdelen**
(DIE LINKE.)
- Wenn ja, sollen dabei einzelne Personengruppen gesondert angeschrieben werden, wie es vom Bundesverfassungsgericht in dem erwähnten Beschluss für zulässig erklärt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

33. Abgeordneter
**Dr. Hakkı
Keskin**
(DIE LINKE.)
- Wann und für welche gesellschaftlichen Bereiche plant die Bundesregierung, ein nationales Antidiskriminierungsgesetz einzuführen?
34. Abgeordneter
**Dr. Karl
Addicks**
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele deutsche Unternehmen und natürliche Personen als so genannte Insolvenz-Touristen ihr Insolvenzverfahren in einem anderen EU-Mitgliedstaat, insbesondere im Elsass und im restlichen Frankreich, anmelden und welcher Betrag an Gläubigerforderungen seitens der öffentlichen Hand dadurch verloren gehen?
35. Abgeordneter
**Dr. Karl
Addicks**
(FDP)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich einer einheitlichen Insolvenzordnung auf EU-Ebene?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

36. Abgeordnete
**Marina
Schuster**
(FDP)
- Wie plant die Bundesregierung, die durch Artikel 12 Abs. 3 i. V. m. Artikel 13 Abs. 1 der Richtlinie 2002/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Dezember 2002 über Versicherungsvermittlung vorgeschriebene Dokumentationspflicht von Beratungsgesprächen in deutsches Recht umzusetzen?

37. Abgeordnete
Marina Schuster
(FDP)
- Wie plant die Bundesregierung, bei der Umsetzung der durch die Richtlinie 2002/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Dezember 2002 über Versicherungsvermittlung geforderten Dokumentationspflicht (Artikel 12 Abs. 3 i. V. m. Artikel 13 Abs. 1) von Beratungsgesprächen den unterschiedlichen Schutzbedürfnissen der Verbraucher bei langfristigen Personenversicherungen (incl. der Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr) einerseits und Sachversicherungen andererseits gerecht zu werden, und welche Maßnahmen plant sie außerdem, um den durch die Dokumentationspflicht bewirkten zusätzlichen bürokratischen Aufwand bei Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlern gering zu halten?
38. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Mitteilung des Statistischen Bundesamts, dass im vergangenen Jahr 2,2 Prozent bzw. 12 800 weniger Ausbildungsverträge als im Jahr 2004 abgeschlossen wurden, den Erfolg des so genannten Ausbildungspakts?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

39. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte plant die Bundesregierung, um die Agrarsubventionen, ihre Empfänger und ihre Auswirkungen auf Beschäftigung, Umwelt- und Tier-schutz für Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen?
40. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe in Abhängigkeit zu Betriebsgröße und Beschäftigtenzahl in aggregierter Form zu veröffentlichen und die Direktzahlungen an die 100 Betriebe, die die höchsten Beträge erhalten, offen zu legen?
41. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, jeweils die zwanzig größten deutschen Empfänger von Agrarexportsubventionen in den verschiedenen Produktkategorien offen zu legen, und wenn ja, in welcher Form wird sie dies tun?

42. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung überprüft, inwieweit Unternehmen, die ihre Aktivitäten schwerpunktmäßig auf den Erhalt von Agrarexportsubventionen ausgerichtet haben, ihre Existenz wesentlich durch Exportsubventionen begründen und somit ohne Exportsubventionen keine Exportgeschäfte unternommen hätten, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie aus den Ergebnissen der Überprüfung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

43. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund wurden die Dossiers zu Projekten des Bundesverkehrswegeplans von der Internetseite des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung entfernt, und welche Möglichkeiten gibt es, diese Dossiers einzusehen sowie zu vervielfältigen?
44. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die wasserbaulichen Maßnahmen am Magdeburger Domfelsen vor dem Hintergrund des Ausbaustopps an der Elbe und der nationalen und europäischen naturschutzrechtlichen Bestimmungen in diesem Flussabschnitt?
45. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Welche in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Achim Großmann, vom 22. März 2006 auf meine schriftliche Frage 62 auf Bundestagsdrucksache 16/1043 angesprochenen – dort als allgemein bezeichneten – Erkenntnisse liegen der Bundesregierung konkret vor, die die dortige Aussage stützen, dass sich potenzielle Mautpöller nicht der Kontrolle durch das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) entziehen können, indem sich die Lastkraftwagenfahrer untereinander via CB-Funk über weit im Vorfeld gesichtete Einsatzfahrzeuge verständigen?
46. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Häufigkeit und die Schwere von Verkehrsunfällen, die dadurch entstanden sind, dass die mit Zivilfahrzeugen ausgerüsteten Beamten der Autobahnpolizei Führer von Kfz durch Überholen und anschließendes Vorsetzen zum Anhalten aufforderten?